

Bericht über den nationalen Stakeholder Workshop “SAICM und das Internationale Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 – Chancen und Herausforderungen für die deutschen Stakeholder“

Berlin, 17. Januar 2018

Zusammenfassung

Am 17. Januar 2018 kamen, einer Einladung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamtes folgend, ca. 70 Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Industrie, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in Berlin zusammen, um gemeinsam über die Zukunft des internationalen Chemikalien- und Abfallmanagements zu beraten. Zentrales Thema des Workshops war die Position der Bundesregierung zur Reform des Strategischen Ansatzes (SAICM) nach 2020 und die Meinung der nationalen SAICM-Stakeholder hierzu. Außerdem wurde anhand konkreter Beispiele aus der Praxis erläutert, wie Partnerschaften und eine verbesserte internationale Zusammenarbeit mit Chemikalien- und Abfallbezug aussehen könnten. Moderiert wurde die Veranstaltung von Minu Hemmati.

Die Ergebnisse des Workshops lauten zusammengefasst:

- 1) Es besteht weiterhin Diskussionsbedarf bezüglich der Formulierung der Vision für ein internationales Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020.
- 2) Die noch zu verhandelnden Ziele und Unterziele müssen konkret und messbar sein und sich sowohl auf die Risikominimierung als auch auf die Vorteilsmaximierung der Nutzung von Chemikalien beziehen. Eine Vermittlung von Grundlagen zum sicheren Chemikalienmanagement sollte im Mittelpunkt von einem SAICM-beyond 2020 Rahmenwerk stehen. Elemente der nachhaltigen Chemie können ebenfalls eingebracht werden.
- 3) Der Aufbau von grundlegenden Kapazitäten und die Einrichtung von Partnerschaften sollen Mittel sein, um weltweit ein funktionierendes Chemikalien- und Abfallmanagement zu garantieren. Kapazitätsaufbau könnte u. a. Transfer von Informationen und Know-how bedeuten.
- 4) Zustimmung fand die Etablierung eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums, wenn auch über dessen Form, Finanzierung und konkrete Funktion noch beraten werden muss. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass ein solches Gremium nicht zu Doppelarbeit führt und alle Stakeholder vertreten sind.
- 5) Die mögliche Form eines Finanzierungsmechanismus bedarf weiterer Diskussionen.
- 6) Häufig genannt wurde die Notwendigkeit für mehr Transparenz entlang der Wertschöpfungs- und Lieferkette bzgl. der verwendeten Stoffe, wobei

Betriebsgeheimnisse bewahrt, sicherheitsrelevante Informationen aber ohne Ausnahme weitergegeben werden müssten.

- 7) Es besteht der Wunsch, Kernelemente von REACH, wie die Datengenerierung, Datenbewertung und Datenkommunikation, international anwendbar zu machen, wenngleich dies stellenweise mit erheblichen Herausforderungen einhergehen würde.
- 8) Weiterhin als wichtig erachtet wurde, die Anwendung des GHS (Globally Harmonized System) weltweit zu fördern und zu harmonisieren.

1 Begrüßung und Impulsreden

In seiner Eröffnungsrede erklärte Staatssekretär **Jochen Flasbarth**, wie sehr die Entwicklung und Verhandlung eines Folgemandats für SAICM nach 2020 dränge. Er betonte dabei die große Bedeutung der Chemieindustrie und des Umweltschutzes in Deutschland. Beide Aspekte gelte es unter SAICM nach 2020 zusammenzubringen, wobei die Industrie bereits in der Vergangenheit Anstrengungen unternommen habe, gemeinsam mit der Bundesregierung Maßstäbe für den Umweltschutz zu setzen. Außerdem habe Deutschland, wie viele andere Industrienationen eine Verantwortung gegenüber anderen Teilen der Welt und ein Interesse daran, dass vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern ein wirksames Chemikalien- und Abfallmanagement ausgebaut bzw. überhaupt erst etabliert wird. Daher, so der Staatssekretär, setzt sich die Bundesregierung mit ihrem Vorschlag für ein klares und ambitioniertes Mandat, mit einer prägnanten Vision ein. Er forderte alle Stakeholder dazu auf, die Position zu unterstützen und sich verstärkt aktiv an einem nachhaltigen Chemikalienmanagement zu beteiligen, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern. Hierbei sei die nachhaltige Chemie ein fortlaufender Prozess, mit dem nicht nur den von Chemikalien ausgehenden Gefahren begegnet wird, sondern der auch erhebliche soziale und wirtschaftliche Potenziale einer umwelt- und gesundheitsverträglicheren Chemie bietet.

Im Anschluss stellte **Richard Fuller**, Pure Earth und Global Alliance on Health and Pollution, die Erkenntnisse der **Lancet-Kommission zu Umweltverschmutzung und Gesundheit**¹ vor. In ihrem Ende 2017 erschienenen Bericht legte die Lancet Kommission die gravierenden Folgen unterschiedlicher Arten der Verschmutzung dar und berechnete deren gesundheitliche Schäden. Hierbei stellte sich heraus, dass Verschmutzung, die zu 9 Millionen Toten jährlich führt, die größte Todesursache weltweit ist, wobei die meisten Todesopfer in Staaten mit niedrigem Einkommen gefordert werden. Herrn Fuller zufolge seien unter anderem die Millennium Development Goals (MDGs) dafür verantwortlich, dass die Todesfälle durch Verschmutzung der Innenraumluft sowie durch mangelhafte sanitäre Anlagen rückläufig sind. Andere Verschmutzungsarten stiegen hingegen, insbesondere Luftverschmutzung in Städten. Todesfälle durch Verschmutzung durch Chemikalien haben somit mittlerweile einen fast ebenso hohen Anteil wie durch Verschmutzung der Außenluft. Der wirtschaftliche Schaden, der von Verschmutzung verursacht wird, liegt bei mindestens 4,6 Billionen US-Dollar, oder über 6% der weltweiten Wirtschaftsleistung. Dabei seien insbesondere für die Schäden vieler gefährlicher Chemikalien noch gar keine validen Daten vorhanden, so dass diese in den Berechnungen noch fehlen. Verglichen mit anderen Umweltschäden wie z.B. dem Klimawandel richte sich jedoch

¹The Lancet Commission (2017), The Lancet Commission on pollution and health:
<http://linkinghub.elsevier.com/retrieve/pii/S0140673617323450>

erstaunlich wenig Aufmerksamkeit auf die Ursachen der Verschmutzung. Dies zeige sich auch in den monetären Aufwendungen der unterschiedlichen Bereiche. Verschmutzung als eine der bedeutendsten Ursachen vorzeitiger Todesfälle, müsse weltweit endlich die notwendige Priorität erhalten, um sie wirksam bekämpfen zu können.

Jacob Duer, UN Environment, dankte in seiner Rede der amtierenden SAICM-Präsidentin Gertrud Sahler für deren engagierte Leitung des intersessionalen Prozesses. Er betonte, dass international ein stärker werdendes Engagement sowohl von Staaten als auch von internationalen Organisationen², der Zivilgesellschaft und der Industrie sichtbar sei, es aber zusätzlich eine starke Plattform brauche, um weltweit ein effektives Chemikalien- und Abfallmanagement zu erreichen. Letzteres könne einen essentiellen Beitrag zu einem „Planeten ohne Verschmutzung“ leisten – einem „pollution-free planet“,³ so das Motto der dritten Umweltversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2017 im englischen Original. Hierfür könne man aber die Themen Chemikalien und Abfall nicht alleinstehend betrachten und bearbeiten, sondern müsse sie in Kontext setzen mit diversen anderen Umweltthemen und deren Agenden, wie z.B. der biologischen Vielfalt, dem Klimawandel und der Gesundheit. Für eine erfolgversprechende Ausgestaltung (Governance) der zukünftigen Plattform gab Jacob Duer den Teilnehmenden drei Punkte mit auf den Weg:

- 1) Eine Stärkung der Rolle wissenschaftlicher Erkenntnisse. Einerseits müssten mehr Daten generiert und verifiziert werden, andererseits müssten diese konsolidiert und stärker geteilt werden.
- 2) Die Landschaft der Chemikalien- und Abfall-Governance braucht eine kohärente Struktur. Hierfür muss die Kommunikation der diversen Abkommen und Ansätze untereinander gestärkt werden.
- 3) Der multisektorale und multi-Stakeholder Ansatz von SAICM hat Vor- und Nachteile. Letztere können nur behoben werden, wenn Stakeholder stärker am Prozess und dessen Umsetzung partizipieren.

Gertrud Sahler, Bundesumweltministerium, erläuterte die wesentlichen Punkte der ressortabgestimmten Position der Bundesregierung zur Zukunft des internationalen Chemikalien- und Abfallmanagements:

- Der **freiwillige, multisektorale und multi-Stakeholder-Charakter** von SAICM sollte auch **nach 2020 beibehalten** werden. Gleichzeitig sollte – trotz der völkerrechtlichen Unverbindlichkeit von SAICM – das Ambitionsniveau, der politische Wille und die tatsächliche Fähigkeit zur freiwilligen Umsetzung von Beschlüssen deutlich ausgebaut und die Beteiligung von Stakeholdern aus allen Sektoren gestärkt werden.
- SAICM sollte insbesondere durch folgende konkrete Maßnahmen gestärkt werden:
 - o Ein Set von zu verhandelnden **strategischen Zielen und Unterzielen** zum internationalen Chemikalien- und Abfallmanagement sollte Prioritäten für die Umsetzung auf nationaler und internationaler Ebene setzen und dabei die Verknüpfungen mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stärken.

² S. auch: United Nations Environment Assembly (2017) Ministerial declaration of the United Nations Environment Assembly at its third session: "Towards a pollution free planet": <https://papersmart.unon.org/resolution/index>

³ S. auch: United Nations Environment Programme (2017), Towards a Pollution-Free Planet - Background Report: http://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/21800/UNEA_towardspollution_long%20version_Web.pdf

- Kern der Umsetzungs-Maßnahmen sollte der Aufbau **grundlegender nationaler Kapazitäten** für ein funktionierendes Chemikalien-Management sein.
- Spezifische Maßnahmen sollten durch **Partnerschaften** zwischen relevanten Akteuren vorgenommen werden, die mit klaren Zielvorgaben versehen sind.
- Auf einzelstaatlicher Ebene sollten im Rahmen eines Multi-Stakeholder-Prozesses **nationale Aktionspläne** entwickelt werden, die aufzeigen wie die strategischen Ziele verwirklicht werden sollen.
- Ein freiwilliger **Peer-Review-Mechanismus** soll dazu dienen, die Umsetzung der Aktionspläne zu überprüfen und gegenseitiges Lernen zwischen den Akteuren zu ermöglichen.
- Die **Internationale Chemikalienmanagement-Konferenz (ICCM)** sollte auch nach 2020 das höchste Entscheidungsgremium bleiben und zukünftig in einem 2-Jahresrhythmus tagen.
- Die bestehenden **Finanzierungsinstrumente** sollten beibehalten, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für SAICM aber möglichst durch eine breitere Basis von Gebern aufgestockt werden.
- Ein **gestärktes Sekretariat** sollte als Knotenpunkt zwischen den Stakeholdern fungieren, Informationen aus dem Review-Mechanismus aufbereiten und Schnittstelle zu den Konventionssekretariaten sein.
- Die neun im Inter-Organization Programme for Sound Management of Chemicals (**IOMC**) zusammenarbeitenden Organisationen sollten im Rahmen ihrer Mandate verstärkt zum Kapazitätsaufbau beitragen und ihre Koordination entsprechend ausbauen.
- Ein neues **wissenschaftliches Beratungsgremium** (*science-policy mechanism*) sollte für eine verbesserte Wissensbasis sorgen und politikrelevante Erkenntnisse in Sachstandsberichten aufbereiten, u.a. zu den volkswirtschaftlichen Kosten durch gefährliche Chemikalien und unsachgemäßes Management.

2 Paneldiskussion

Im Anschluss an die Vorträge wurde eine Paneldiskussion unter Beteiligung unterschiedlicher Stakeholder-Gruppen über die Zukunft des internationalen Chemikalien- und Abfallmanagements geführt. Teilnehmende waren Petra Greiner (Umweltbundesamt), Stefanie Deuser (ICCA/BASF), Sascha Gabizon (WECF), Gertraud Lauber (IG BCE) und Alexis Bazzanella (DECHEMA/ISC₃ Innovation Hub).

Petra Greiner betonte, dass man das Leitbild des Chemikalien- und Abfallmanagements erweitern müsse. Hierbei soll der bisherige Fokus, der auf der Minimierung signifikanter negativer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt entlang des Lebenszyklus der Chemikalien liegt, erweitert werden um die Maximierung der Vorteile, die ein im Sinne der SDG⁴ nachhaltiges Chemikalien- und Abfallmanagement bieten. Insgesamt sei es also besonders wichtig die Rahmenbedingungen für die nachhaltige Chemie zu schaffen. Dies beinhalte die Einbeziehung des gesamten Lebenszyklus von Chemikalien, Kapazitätsaufbau, besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern u.a. zur Schaffung nationaler regulatorischer Rahmenwerke, Informationsbeschaffung und –Verbreitung zu Stoffen und Stoffen in Produkten, wissenschaftlich begründete Prävention, klare Ziele und Unterziele, klare Verantwortlichkeiten

⁴ Sustainable Development Goals der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

aller Stakeholder, Überprüfung der Zielerreichung anhand messbarer Kriterien und Zeitpläne sowie eine Priorisierung der sogenannten „issues of concern“. Letztlich sollten alle Akteure ihr Blickfeld weiten auch für andere Bereiche, um bessere und im Sinne von Schutz für Umwelt und Gesundheit wirksame Gesamtlösungen zu erreichen.

Stefanie Deuser betonte, dass die chemische Industrie (vertreten durch ICCA) SAICM von Beginn an unterstützt und durch ihre beiden Flagship-Programme Global Product Strategy (GPS) und Responsible Care einen Beitrag zum Aufbau von Kapazitäten zum sicheren Umgang mit Chemikalien leistet. Vor allem in Entwicklungsländern ginge es darum, die Grundzüge eines Chemikalienmanagements aufzubauen und begrenzte Ressourcen hierauf zu fokussieren. Die Freiwilligkeit und die Flexibilität von SAICM trügen dazu bei, Kooperation zwischen verschiedenen Stakeholdern zu fördern, gegenseitiges Vertrauen zu etablieren um somit von den sich ergänzenden Expertisen und Netzwerken der Beteiligten zu profitieren. Langfristige Partnerschaften, eine Priorisierung der chemikalienpolitisch relevanten Themen in den Zielländern und konkrete Ziele und Indikatoren zur Messung von Fortschritten seien hierbei zielführend. Als Vision für ein internationales Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 lehnt ICCA den Vorschlag der EU Kommission „non-toxic environment“ als zu einschränkend und irreführend ab und brachte alternativ die Formulierung „Responsible chemicals management: Together for a safer future“ ein. Ferner sprach sie sich für risiko- und wissenschaftsbasierte Regulierungen aus und betonte, dass die weltweite Etablierung von GHS ein gemeinschaftliches Ziel unter SAICM sein sollte, wobei entwickelte Länder sowie die Industrie dies über Mentoring-Programme unterstützen sollten. Frau Deuser betonte, dass Chemikalien nicht allein aufgrund ihrer toxikologischen Eigenschaften stigmatisiert werden sollten, sondern man deren Verwendung berücksichtigen müsse. Toxische Stoffe könnten sicher gehandhabt werden und durch geeignete Maßnahmen in ihrer Verwendung Vorteile für Gesellschaft und Umwelt bringen (z.B. durch Einsparung von Wasser, verminderte Emissionen, bessere Dämmung etc.).

Bezugnehmend auf den Vorschlag zur Vision antwortete **Sascha Gabizon**, dass es einer ambitionierteren Vision bedarf wie z.B. „A non-toxic future for everyone“. Das Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 müsse sich neben der Prävention negativer Effekte ebenso auf die Themen Menschenrechte, Arbeit und Gender beziehen. Anschließend rief sie in Erinnerung, dass SAICM bislang wenig erfolgreich gewesen sei, was u.a. an mangelnder Verbindlichkeit gelegen habe. Außerdem sei es wichtig, zukünftig die Themen wie z.B. die „issues of concern“ stärker zu priorisieren und Zwischenschritte in der SAICM Struktur einzuplanen, um schneller verbindliche Maßnahmen zu gestalten. Die große Frage, so Frau Gabizon, bleibe wie man Aktionen beschleunigen könne. Als mögliche Antworten nannte sie die Umstellung von „petrochemischer Chemie“ auf „pflanzliche Chemie“ nach Beispiel von NEEM-Baum-Molekülen, die als umweltverträgliches Insektizid wirken. Es gelte innovative Unternehmen, die in dieser Richtung arbeiten und auch „nicht-chemische“ Lösungen entwickeln, mit in den SAICM Prozess einzubeziehen. Auch plädierte sie für eine stärkere Anwendung der Produktverantwortung und Benutzung nur noch in geschlossenen Kreisläufen, auch für chemische Erzeugnisse wie Kunststoffe, die nicht akut gefährlich sind, aber wegen ihrer massenhaften Nutzung ein weltweites Problem geworden sind; und sie plädierte für die Entwicklung nationaler Aktionspläne und eines Finanzierungsmechanismus.

Gertraud Lauber plädierte dafür, dass neue Regularien anwendbarer werden müssen. Generell müsse SAICM den Blick weniger stark auf die Umwelt allein, sondern verstärkt auf die Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen richten. Hierbei besonders wichtig sei für die Gewerkschaften die soziale Dimension. Im Blick auf eine Vision sprach sich Frau Lauber eher für die Formulierung „no pollution“ als für „non-toxic“ aus. Als Beispiel für sektorübergreifende Projekte sowie dafür, dass SAICM und die Chemie im Allgemeinen ein integraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsdiskussion seien, nannte sie die Initiative Chemie³ und deren Bemühungen, Nachhaltigkeit auch in die Papier- und Kunststoffindustrie zu integrieren.

Alexis Bazzanella erklärte, das Leitbild der nachhaltigen Chemie sei ein ganzheitlicher Ansatz, dessen Leitplanken die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung seien. Kernelemente der nachhaltigen Chemie seien daher die Ressourceneffizienz und Umweltverträglichkeit der Produktion, ein Produktdesign, dass neben Funktionalität und Produktsicherheit auch das Recycling in den Fokus nimmt um den Stoffkreislauf zu optimieren, sowie die Entwicklung einer „corporate social responsibility“, die sowohl Produktverantwortung als auch die Kommunikation entlang der Lieferkette beinhaltet.

Die darauf folgende Diskussion bezog sich überwiegend auf folgende Punkte:

- Es braucht mehr Transparenz entlang der Lieferkette, so dass sicherheitsrelevante Informationen zu Stoffen, die von der chemischen Industrie über Sicherheitsdatenblätter an ihre Kunden weitergegeben werden, entlang komplexer Wertschöpfungsketten auch für finale Produkte bzw. Erzeugnisse verfügbar sind.
- Für viele Stoffe besteht eine unvollständige Datenlage. Hier müsse das Vorsorgeprinzip gelten und gleichzeitig förderliche Rahmenbedingungen für Innovationen herrschen.
- (Androhung von) Produktionsverlagerungen in ärmere und weniger regulierte Länder sei ein großes Problem. Es sei daher wichtig, die Regulierungsstandards weltweit anzugleichen.
- Die Vermeidung unnötigen oder ressourcenintensiven Einsatzes besonders von gefährlichen Chemikalien bzw. die Förderung harmloser und nicht-chemischer Alternativen muss stärker kommuniziert werden. Dies ist auch ein wichtiges Element der nachhaltigen Chemie.
- Langfristige Vorbereitungen sind besonders auch in der Kommunikation mit Betriebsräten wichtig. So ist z.B. dringend notwendig, dass etwaige Ausleitungen von Stoffen frühzeitig kommuniziert werden.
- Altlasten müssen kompetent und sachgerecht entsorgt werden. Möglich wäre hierbei eine Herstellerverantwortung, nach der die Hersteller die Entsorgung mitfinanzieren müssten.
- Ein internationales Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 braucht einen Finanzierungsmechanismus u.a. zur Erstellung und Umsetzung der nationalen Aktionspläne.
- Der politische Wille und die Aufmerksamkeit müssen gestärkt werden u.a. durch:
 - o Partnerschaften und Kapazitätsausbau, sowie eine Verbreitung der Anwendung des GHS und einem stärkeren Bezug auf die Kreislaufwirtschaft.
 - o Aufklärung, sowie mehr Synergien mit anderen Themen (Klima, biologische Vielfalt). Hierzu gehören auch die Zusammenarbeit verschiedener Ressorts und Nachbarfachbereiche und das Generieren von Wissen.
 - o Verbreitung der nachhaltigen Chemie.

3 Diskussionsgruppen

Im Anschluss an die Paneldiskussion teilten sich die Teilnehmenden in drei Gruppen auf und diskutierten dort intensiver über Aspekte der am Vormittag von Gertrud Sahler vorgestellten Position der Bundesregierung. Die Ergebnisse der Diskussionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Gruppe I: Zustimmung fand, dass die Bundesregierung sich für priorisierte strategische Ziele mit konkreten und messbaren Unterzielen einsetzt. Unklarheiten bestanden noch im Blick auf nationale Aktionspläne, inhaltliche Akzente, sowie mögliche Finanzierungslösungen. Bedenken wurden geäußert insbesondere zur vorgeschlagenen Vision „non-toxic environment“, da 1) toxische Wirkungen manchmal nötig und gewünscht seien, und 2) auch Naturstoffe toxische Wirkungen haben könnten, 3) der Nutzen von toxischen Chemikalien außer Acht gelassen werde und 4) die Vision zu negativ konnotiert sei. Andererseits wurden Bedenken am rein freiwilligen Ansatz geäußert und vorgeschlagen, in diesen auch bindende Elemente zu integrieren. Weitere Ideen für ein internationales Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 waren:

- Zu den Zielen:
 - Reduktionsziele für besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) in Produktion und Verwendung;
 - Förderungsmaßnahmen zur Substitution von Chemikalien (unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus);
 - Stärkung von Umsetzung, Vollzug und Konformität, sowohl in Entwicklungs- und Schwellenländern (Bsp. GHS) als auch in Industrieländern (Bsp. REACH);
 - Ausbau von Netzwerken (Bsp. WHO Chemical Risk Assessment Network).
- Zu Projekten:
 - Stoffflussregister einführen;
 - Datenbank für alle nationalen, regionalen und internationalen Chemikalien- und Abfallgesetzgebungen;
 - Effluent management in the pharmaceutical industry supply chain.
- Zur Finanzierung:
 - Mechanismen zur Kosteninternalisierung.

Gruppe II: Zustimmung fand die Fokussierung sowohl auf Risikominderung als auch auf die Vorteilsmaximierung. Außerdem wurde der Plan zur Altlastenbeseitigung positiv bewertet. Das Motto der Agenda 2030 „leave no one behind“ soll weiterhin beibehalten werden, ebenso wie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse, Anforderungen und Möglichkeiten in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Hierbei sollten die Ziele jedoch möglichst konkret sein. Die geplante Stärkung des Kapazitätsaufbaus, darunter stärkere Verbreitung und Anwendung des GHS, Trainings sowie Investitionen in die Arbeits- und Transportsicherheit, sowie ein gestärkter Finanzierungsmechanismus fanden ebenfalls Anklang. Allerdings wünschten sich einige Teilnehmende eine stärkere Verknüpfung von SAICM und REACH, verbunden mit intensiverem Lernen von anderen Bereichen (BRS+M und Klima). Produktinformationen sowie Know-how sollten entlang der Wertschöpfungs- und Lieferkette kommuniziert werden. Hierbei wünschten einige Teilnehmende, einen möglichst risikobasierten Ansatz zu verfolgen.

Bedenken äußerten einige Teilnehmende bezüglich quantitativer Herausforderungen wie der zu erwartenden Produktionssteigerung und dem damit möglicherweise verbundenen Export

gefährlicher Chemikalien aus Drittländern. Außerdem wurden Befürchtungen geäußert bezüglich einer fehlenden rechtlichen Basis für Regulierungen von Stoffen außerhalb des Stoffrechts. Oftmals fehlten auch wirksame Risikominderungsmaßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Diese zu entwickeln könnte sich als schwierig erweisen.

Weitere Ideen für ein internationales Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 betrafen u.a. den Arbeitsschutz als zusätzlichen Kernbereich. Hierbei sollte besonders auf soziale Aspekte wie Grundbedürfnisse oder die erweiterte Herstellerverantwortung eingegangen werden.

Ferner sollten nachhaltige Innovationen entlang der Wertschöpfungskette getätigt werden und darauf abgezielt werden, globale Konsumgewohnheiten und Handelsströme nachhaltig zu gestalten. Der Implementierungsplan des Stockholmer Übereinkommens könnte als Blaupause auch für das Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 dienen. Anstatt einer Vision, die sich auf toxic/non-toxic als Formulierung versteift, könnte man auf „health and pollution-free“ abzielen und die Vision damit positiver formulieren. Auch die Formulierungen „Achieve a 100% non-harmful circular economy and full responsibility throughout the value chain along the lifecycle of chemicals“ sowie „eliminate the legacy of harmful chemicals through international cooperation“ wurden genannt.

Gruppe III: Als positiv wurde die globale Stärkung und Harmonisierung des GHS betrachtet, sowie der Plan einen Science Policy Mechanismus auszubauen. Dieser sollte sich schnellstmöglich mit der Berechnung der „costs of inaction“ befassen. Zustimmung fand auch der Vorschlag, in allen Ländern grundlegende Kapazitäten für ein sicheres Management von Chemikalien und Abfällen aufzubauen. Allerdings müssten diese Kapazitäten zunächst klarer definiert werden. Die Gruppe fokussierte sich stärker auf Ideen, die über die Position der Bundesregierung hinausgingen. Als solche wurden genannt: die Prüfstandards und Datenblätter weltweit zu harmonisieren, branchenspezifische Lösungen zu finden und über SAICM international zu harmonisieren, „toxic hot spots“ zu identifizieren, zu priorisieren und zu sanieren, das Verursacherprinzip national umzusetzen und das Vorsorgeprinzip zu stärken.

4 Internationale Zusammenarbeit / Partnerschaften

Den Berichten aus den Diskussionsgruppen folgten Berichte aus der Praxis in Form sog. Flashlights.

Den Anfang machte **Dietmar Kopp** aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der den Teilnehmenden vom Branchendialog mit der chemischen Industrie und ihren Sozialpartnern berichtete. Bei dem Dialog werden Themen wie Innovation, Klimaschutz, Energiepolitik, Chemikaliensicherheit sowie Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung behandelt. Aktueller Hauptpunkt sei die Digitalisierung unter dem Stichwort Chemie 4.0. Zudem berichtete Herr Kopp vom REACH-Beraterkreis mit den nachgeschalteten Anwendern der chemischen Industrie; letztere sollten auch viel mehr in den SAICM-Prozess einbezogen werden, da Besorgnis erregende Stoffe in der Regel über die Wertschöpfungskette weitergeleitet und so bei Verbrauchern und in der Umwelt ankommen. In diesem Zusammenhang kann auch Chemikalienleasing eine bedeutende Rolle spielen, bei dem nicht länger eine chemische Substanz, sondern die damit verbundene Leistung verkauft werde. Er bemerkte jedoch, dass damit immer funktionierende Geschäftsmodelle verbunden sein müssten. Schließlich betonte Herr Kopp, dass man beim Kapazitätsaufbau immer die lokale Ebene im Auge behalten sollte, wo entsprechende Maßnahmen am Ende durch qualifiziertes Personal umzusetzen seien.

Kapazitätsaufbau bedeute daher nicht ausschließlich finanzielle Mittel, sondern die Menschen vor Ort in den Zielländern, die etwas anwenden oder umsetzen sollen, seien entscheidend. Für deren Ausbildung trügen die entwickelten Staaten eine große Verantwortung.

Anschließend berichtete **Johann Moltmann** aus dem REACH-Fachgebiet des Umweltbundesamtes von zwei Beratungshilfeprojekten zur Chemikaliensicherheit im Kaukasus, Osteuropa und Eurasien, die das BMUB zusammen mit dem European Center for Environment and Health (ECEH) der WHO durchgeführt hat bzw. gerade neu startet. Dies sind typische "Capacity Development"-Projekte einer Entwicklungszusammenarbeit, bei der Standards des sicheren Umgangs mit Chemikalien generell (einschließlich GHS) von der Europäischen Chemikalienverordnung REACH auf die Partnerländer übertragen werden. Für die Partnerländer ist es wichtig, ein nationales Chemikalienmanagement in Verbindung mit dem Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Chemikalien und dem Schutz der Umwelt vor Abfällen aus der Verwendung von Chemikalien einzurichten.

Helmut Krist vom Bündnis für nachhaltige Textilien (Textilbündnis) berichtete von seinen Erfahrungen mit dem Bündnis, das einen konkreten Beitrag zum SAICM-Programm über „Chemicals in Products“ leistet. Er verwies zunächst auf das von der Textilindustrie ins Leben gerufene Programm „Zero Discharge of Hazardous Chemicals“ (ZDHC) und erklärte, dass dieses maßgeblich aufgrund des Drucks der Zivilgesellschaft entstanden sei. Mit der Manufacturing Restricted Substances List (MRSL) griff das Programm eine von Greenpeace aufgestellte Forderung nach einer Negativliste gefährlicher Chemikalien in der Herstellung und Verarbeitung von Textilien auf. Das Textilbündnis hat die MRSL-Liste 2016 für die eigenen Mitglieder übernommen. Besonders wichtig für die Arbeit des Textilbündnisses wäre zukünftig ein internationaler Referenzrahmen, den SAICM in Form eines freiwilligen, von den Vereinten Nationen geförderten und von allen Stakeholdern mitgetragenen Standards setzen könnte.

Michael Funcke-Bartz von der GIZ berichtete von einem Projekt, das sich mit Elektroschrott in Ghana befasst. Entgegen der geläufigen Darstellung, dass Elektroschrott hauptsächlich Gold und andere Wertstoffe enthalte, enthalte dieser vor allem Schadstoffe. Das Projekt ist in drei Schritte unterteilt. Zunächst findet Politikberatung zur Umsetzung der geltenden gesetzlichen Regeln statt. Anschließend werden Geschäftsmodelle entwickelt, die eine Gegenfinanzierung von Mehrkosten für die notwendigen Behandlungen des Elektroschrotts sicherstellen. Gleichzeitig findet eine Zusammenarbeit mit dem informellen Sektor statt, der die Verwertung des Elektroschrotts ursprünglich vorgenommen hatte. Hierbei habe man vor allem zuvor verlorengegangenes Vertrauen wieder aufbauen müssen sowie mit den Ängsten der Leute vor z.B. einem drohenden Wegfall von Arbeitsplätzen umgehen lernen. Auf die Frage, was er sich von einer SAICM-Nachfolgeplattform erhoffen würde, nannte Herr Funcke-Bartz eine stärkere Fokussierung auf problematische Stoffe in Produkten, einen verbesserten Informationsfluss entlang der Wertschöpfungskette, die Beseitigung historischer Altlasten, und die adäquate Behandlung kritischer Stoffe.

Friedrich Barth vom ISC₃ berichtete von den Chancen der nachhaltigen Chemie und von möglichen Komplikationen, die chemische Produkte verursachen könnten. Als Beispiel nannte er nicht Recycling-fähige Materialverbünde in Rotoren für Windräder oder die Tatsache, dass das Verfahren „Power to liquid“ nur dann nachhaltig sei, wenn hierfür erneuerbare Energien

verwendet würden. Auch würden zur Zeit Lithiumbatterien, wie sie z.B. in Elektroautos verbaut sind, noch nicht massenhaft recycelt werden können.

5 Schlusswort

Zum Abschluss des Workshops dankte Gertrud Sahler den Teilnehmenden für die angeregten Diskussionen und ihre Meinung zur Position der Bundesregierung. Sie äußerte ihre Bedenken gegenüber dem Wunsch der Teilnehmenden, SAICM stärker an REACH anzugleichen, da auch andere Länder ihre eigenen Systeme einzubringen versuchen würden. Ferner werde es nicht reichen, bestehende Datenblätter zu übersetzen. Stattdessen müssten Länder dazu befähigt werden, diese auch zu verstehen. Hierfür müssten Kapazitäten dringend gestärkt werden. Daher sei zwingend notwendig, dass Chemikalien auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine stärkere Rolle einnehmen. Auch in die Agenda 2030 müsse das Thema Chemie stärker integriert werden und umgekehrt müsse die soziale Dimension bei SAICM oder einer Folgeplattform eine größere Rolle einnehmen. Bezüglich des Finanzierungsmechanismus bestehe weiterhin Klärungsbedarf. Im Bereich Arbeitsschutz regte Gertrud Sahler an, dass sich Gewerkschaften auf EU- und internationaler Ebene verstärkt organisieren sollen. Z.B. sei die ILO Konvention bislang lediglich von 19 Staaten ratifiziert. Ausblickend erklärte sie, man sei an diesem Tag mit der Vorbereitung auf das zweite Treffen des intersessionalen Prozesses ein gutes Stück weitergekommen. Den Schwerpunkt der Diskussionen bei diesem Treffen werden die Ziele und Unterziele bilden. Gertrud Sahler bedankte sich bei allen Teilnehmenden und sprach erneut eine Einladung an sie aus, sich auch weiterhin am intersessionalen Prozess zu beteiligen. Hierzu möge man gern eigene Vorschläge an die SAICM Anlaufstelle im UBA senden, sowie direkt am zweiten Treffen des Prozesses im März in Stockholm teilnehmen.⁵

⁵ Webseite des zweiten Treffens des intersessionalen Prozesses: <http://www.saicm.org/Default.aspx?tabid=6193>

6 Foto-Dokumentation der Ergebnisse der Gruppenarbeit



ZUSTIMMUNG	UNKLARHEITEN	BEDENKEN	WEITERE IDEEN
Risikominderung optimizing benefits Allerten berücksichtigen to leave no one behind → Unterschiedliche Bedürfnisse/Aufwand an IC, CEIT, OC → Konkrete Ziele		quantitative Herausforderung → Produktionssteigerungen Export von gel. Chem. → vs. fehlende Justiz in DE/CEIT Rechtliche Basis für Regulierung von Stoffen außerhalb der STOFFRECHTS Risikominderung von Langzeitmaßnahmen in Schulen und Einrichtungen für Kinder fehlen oft	Anzeigenschutz als ein Kernbereich soziale Aspekte → Grundbedürfnisse ext. Producer Resp. nachh. Innovation i.d. Wirtschaftstätigkeit globale Konzepte gewährleisten + Handlungsfelder nachhaltig gestalten Stockholm Convention Implementierungsplan → SAICM Implementierungsplan Datenbasiert Fragestellung: Health & Pollution free statt "toxic/non-toxic" 100% achieve non-harmful material recovery and full responsibility throughout chain/lifecycle 100% eliminate legacy harmful chemicals through full responsibility

REACH-SAICM-Strukturen stärker vernetzen
z.B. Know how der Akteure

Know-how transfer capacity building
Finanzierung Arbeits-GHS
Training
Transport-sicherheits

REACH - SDB
Inhaltsstoffe, Gefährlichkeit von Stoffen, Bezeichnung von Produkten?

Lernen von anderen Bereichen
PIC REACH Klima
→ step-by-step
→ Daten/Informationsaustausch

mehr Produktinfos
→ Kommunikation in der Lieferkette
→ Verantwortung
→ Science-based Konzepte: risk-based

Umwelt Bundesamt

SAICM und das Internationale Chemikalien- und Abfallmanagement nach 2020 – Chancen und Herausforderungen für die deutschen Stakeholder – Teil III – Diskussionsgruppen
Berlin, 17. Januar 2018

adelphi

Prüfstandards & Datenlücken harmonisieren

Branchenspezifische Lösungen
(Textil als Beispiel, ZDHC)
über SAICM international harmonisiert

Grundlegende Kapazitäten in allen Ländern
"basic capacities" definieren &
koordinierte Aktion zum Kapazitätsaufbau

Toxic hot spots
Identifizieren, priorisieren & sanieren
"Generationen Aufgabe"

GHS weltweit umsetzen & harmonisieren

"Polluter pays" -Prinzip national umsetzen und
Vorsorgegrundsatz beibehalten

Science policy interface ausbauen und
costs of inaction beziffern